

kritik & utopie ist die politische Edition im
mandelbaum *verlag*.

Darin finden sich theoretische Entwürfe
ebenso wie Reflexionen aktueller sozialer
Bewegungen, Originalausgaben und auch
Übersetzungen fremdsprachiger Texte,
populäre Sachbücher sowie akademische und
außeruniversitäre wissenschaftliche Arbeiten.

Nähere Informationen unter
www.kritikundutopie.net

Titus Engelschall, Elfriede Müller,
Krunoslav Stojaković

REVOLUTIONÄRE GEWALT

Ein Dilemma

mandelbaum *kritik & utopie*

© mandelbaum *kritik & utopie*, wien, berlin 2019
alle Rechte vorbehalten

Satz: Kevin Mitrega

Umschlaggestaltung: Michael Baiculescu

Umschlagbild: Salvador Allende mit seiner Leibgarde (MIR) 1973 im Moneda-
palast

Druck: Primerate, Budapest

Inhaltsverzeichnis

7	1. EINLEITUNG
14	2. GEWALT, KRIEG UND REVOLUTION BEI MARX, ENGELS UND LENIN
22	3. ÜBER DAS VERHÄLTNISS VON REVOLUTION UND KRIEG, SOZIALREVOLUTIONÄRE UND KONTER-REVOLUTIONÄRE GEWALT
24	Die Französische Revolution 1789–1799
44	Die Selbstbefreiung der Sklaven auf Saint-Domingue/Haiti (1789–1825)
66	Die Pariser Commune 1870 (18. März–28. Mai)
68	Die Russische Revolution 1917–1921
143	Die Spanische Revolution und der Bürgerkrieg
161	Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus am Beispiel der französischen Résistance
194	Revolutionäre Gewalt im jugoslawischen Volksbefreiungskrieg
211	Der Algerische Unabhängigkeitskrieg (1954–1962)
229	Die Kubanische Revolution 1953–1967
233	Die vorrevolutionäre Situation im Mai und Juni 1968 in Frankreich
265	Chile 1973: Die Ermordung einer unbewaffneten Revolution
284	4. DIE ROLLE DER SOZIALREVOLUTIONÄREN GEWALT IN DEN VERGANGENEN REVOLUTIONEN

I. Einleitung

*»This is central to the struggles taking place in the world today.
When you adopt the enemy's tactics, or his weapons,
or even his double-speak, even if you win, you lose –
because you are the enemy.«*
— Robert Littell: The October Circle

7
Revolutionen, Bürgerkriege und politischer Kampf hängen eng zusammen. Dass eine gesellschaftliche Umwälzung ein gewalttätiger Prozess ist, galt im 20. Jahrhundert nicht nur unter Linken als Selbstverständlichkeit. Angefangen bei der Geislerschießung der Pariser Kommune, über den Thermidor der isolierten Russischen Revolution, den Spanischen Bürgerkrieg und den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die Faschismen liegt der Revolution ein militärischer Begriff zugrunde, der durch die nationalen Befreiungskriege der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch verstärkt wurde. Handelte es sich dabei nur um eine Kanalisierung der Rache der Ausgebeuteten, wie es Robespierre, Danton und Trotzki behaupteten? Oder begann sich diese Haltung zu verselbstständigen und zog in ihrer Dynamik die Emanzipation mit in den Abgrund? Dieser Frage gehen wir nach, um die Rolle der Gewalt in künftigen Revolutionen und Revolten zumindest skizzenhaft zu antizipieren. Die Militarisierung der Politik verwandelte die Aktivist*innen in Kombattant*innen. Wir wollen daraus keine Pazifisten machen, aber die Genese dieser Entwicklung untersuchen und einen Ausblick ermöglichen, um reaktionäre von sozialrevolutionärer Gewalt zu unterscheiden.

Im 21. Jahrhundert sollte Gewalt nur als Notbremse gegen die herrschende Gewalt und nicht mehr als Motor einer Revolution dienen. Politische Veränderungen setzen immer eine politische Pluralität voraus, um nicht in den Ausnahmezuständen endloser Bürgerkriege zu versacken. Naomi Klein schreibt von »Schockabsorbieren«, die dafür sorgen, dass eine Bewegung nicht mehr so leicht zu lähmen ist wie in den Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts, als die Zentralisierung im Mittelpunkt stand. Dies setzt auch eine Politisierung des Diskurses über Kriege voraus, Maßnahmen gegen künftige antidemokratische Umsturzversuche. Es verlangt darüber hinaus, dass aus sozialen Akteuren politische Akteure werden, dass nicht nur der Ausschluss, sondern auch die Ausbeutung wieder zu einem politischen Thema wird. Gramscis Hegemoniekonzept kann als Entmilitarisierung des Kriegs verstanden werden, was bedeutet, dass die Akteure in und durch Kämpfe Teil einer neuen Zivilisation werden. Die Hegemonie ist eine Voraussetzung zur Ergreifung der Macht und eine dauerhafte Bedingung für ihre Ausübung und grundlegende Abschaffung. Das Konzept der Hegemonie darf nicht als Plan zur Machtergreifung und -sicherung verstanden werden, sondern impliziert ein politisches Projekt, das über die binären Gegenüberstellungen von Volk/Ancien Régime, Bourgeoisie/Proletariat, Freund/Feind hinausgeht und die Gewalt in ihre Schranken weisen könnte. Doch der Begriff der Hegemonie läuft heutzutage Gefahr, letztendlich doch nur ein, wenn auch kritisches Element einer globalen Gouvernamentalität darzustellen, die die falschen herrschenden Verhältnisse nur vermittelt. Deshalb gehört zur Erkämpfung der Hegemonie auch, über die maskierten strukturellen Gewaltverhältnisse aufzuklären, damit Revolution nicht nur eine Notwendigkeit bleibt, sondern wieder zu einem Bedürfnis werden kann.

Dies setzt einen Bedeutungswandel der politischen Auseinandersetzung, des Wortes, voraus, den diese in der Religionsge-

schichte und in der marxistisch-leninistischen Geschichte nie besitzen haben. Statt dem »Wort« und den Auseinandersetzungen gibt es dort nur »Bibeln, Theorien, Reden, kleine rote Bücher, Breviere, Handbücher, die einem etwas aufzwingen«.¹ Deshalb bedarf eine antikapitalistische Revolution heute auch einer antibürokratischen Bewegung, wenn man die Bürokratie als einen Mechanismus zur Unterbindung des Wortes definiert.

Kritische Geschichtsschreibung widerspricht einer linearen und totalisierenden Geschichtsdarstellung und dekonstruiert ihre Legitimationsfunktion des Bestehenden. Sie richtet ihren Blick auf die Leerstellen, im Versuch, andere Möglichkeiten und das verschüttete Potential der Vergangenheit freizulegen. So will sie die Erinnerung wach halten an die Delegitimation der Herrschaft, an die Gestaltungsmöglichkeit der zukünftigen Gesellschaft und an die praktische Überwindung und Befreiung von der bestehenden, zum »Endpunkt der Geschichte« erklärten Herrschaft. Zu diesem Zweck soll auch an die Besiegten der Geschichte erinnert werden, die sich für eine emanzipatorische Gesellschaft einsetzten und viel zu oft ermordet wurden. Revolutionen hinterlassen in der Geschichte und im kollektiven Bewusstsein eine unauslöschliche Spur, auch wenn sie gescheitert sind, auch wenn man sie diskreditiert, indem nun selbst seit ihrer 200-Jahr-Feier die Französische Revolution zum Ausgangspunkt der politischen Gewalt des 20. Jahrhunderts verklärt wird. 9

Die kritische Geschichtsschreibung bemüht sich, den Spalt in der Geschichte offen zu halten. Sie sprengt immer wieder neue Risse in die glatte Oberfläche des Bestehenden, der Legitimation der Herrschaft, indem sie die Möglichkeit einer radikalen Veränderung der Gesellschaft im kollektiven Gedächtnis bewahrt. Sie

1 Sartre, Jean-Paul, Philippe Gavi und Pierre Victor: Der Intellektuelle als Revolutionär. Reinbek 1976. S. 233.

erinnert daran, dass die herrschende Geschichte das Ergebnis von gesellschaftlichen Kräften und deren blutigen Kämpfen ist. Die Geschichte hätte eben auch ganz anders ausgehen können. Neben den im Glanz des Lichtes stehenden Siegern der Geschichte stehen die unsichtbaren Besiegten, die häufig ihr Leben für eine emanzipatorische Gesellschaft in die Waagschale warfen. Ihre Kämpfe für Emanzipation dürfen nicht in Vergessenheit geraten, als Notbremse einer falschen historischen Entwicklung und als Hoffnung auf eine andere Gesellschaft.

10 In Zeiten des Neoliberalismus herrscht, einer dominanten Totalitarismustheorie folgend, die Meinung vor, dass die Revolutionen des 20. Jahrhunderts – ob die großen Revolutionen in Russland, China oder die Kämpfe der Befreiungsbewegungen in Asien, Lateinamerika und Afrika – als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« zu verurteilen sind. Auch nach ihrem Bedeutungsverlust müssen diese Revolutionen noch als Ursachen für die Übel der Gegenwart herhalten. Die Revolutionsführer erscheinen als Despoten und werden pathologisiert. Kaltblütig hätten sie Millionen von Menschen für ihre Wahnideen ermordet. Analog zum Nationalsozialismus wird versucht, auch die weltweiten revolutionären Umwälzungsversuche als düstere Kapitel der Menschheitsgeschichte, als Geschichte der Gewalt und des Terrors darzustellen. Dies ist umso absurder, da der aus dieser Interpretation siegreich hervorgegangene Liberalismus nicht in der Lage war, eine Massenmobilisierung gegen den Nationalsozialismus zu organisieren und der Kampf gegen den Faschismus eine emanzipatorische Hoffnung und universelle Botschaft benötigte, die nur das Land der Oktoberrevolution von 1917 anzubieten hatte. Diese Kraft, die Vassili Grossman in seinem Meisterwerk *Leben und Schicksal* beschreibt, beruhte auf der Tatsache, dass in diesem Land die erste proletarische Revolution stattgefunden hatte und der Kampf gegen den Nationalsozialismus von vielen Sowjets auch als Kampf gegen den

Stalinismus begriffen wurde. Die List der Gewalt bestand aber, wie wir heute wissen, darin, dass der Stalinismus noch vierzig Jahre an der Macht blieb und die Erinnerung an die emanzipatorische Dimension der Oktoberrevolution fast auslöschte. In einem antifaschistischen Sinn ist diese emanzipatorische Dimension so zu verstehen, dass die Demokratie nur mit Hilfe der Sowjetunion verteidigt und durchgesetzt werden konnte, also eine antifaschistische und keine liberale Errungenschaft darstellt, die, wie bereits 1789, mit Krieg und Gewalt erobert wurde. Auch die Entthronung von Missak Manouchian, dem armenisch-kommunistischen Widerständler des L'Affiche Rouge, Teil des bewaffneten kommunistischen Widerstands, zugunsten von Oskar Schindler, der einige seiner Angestellten rettete, zeigen, wie die Erinnerungskultur im Sinne des liberalen Konsenses, die Frage der Gewalt allein auf die Opferperspektive fokussiert, statt die verschiedenen Akteure der Gewalt in den Blick zu nehmen, in ihren historischen Kontext zu stellen, zu dekonstruieren oder zu würdigen. Aus dieser Opferperspektive fällt die Forderung nach Herstellung von Gerechtigkeit weg. Auch bei neueren theoretischen Untersuchungen zur Frage der Gewalt geht es, wie zum Beispiel bei Jan Philipp Reemtsma,² um die Selbstbeschränkung des staatlichen Gewaltmonopols, einerseits gegenüber den Versuchen, die Folter wieder zu legitimieren, aber vor allem gegenüber Aufständen, Revolten, Revolutionen, die er als illegitim betrachtet. Die herrschende und die strukturelle Gewalt kommen in Reemtsmas Essay Vertrauen und Gewalt nicht vor. Unsere Lektüre dieses Textes ergab, dass es dem Autor darum geht, der Revolution, ja sogar der Revolte ihre Legitimität zu entziehen. Gewalt ist für Reemtsma immer illegitimer Wider-

11

2 Reemtsma, Jan Philipp: Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne. Hamburg 2008.

stand, nie Herrschaftsausübung. Es gibt bei ihm keine Klassen, keine Unterdrückung, keine Kräfteverhältnisse.

Der folgende Essay schreibt sich in die Tradition kritischer Geschichtsschreibung ein und folgt den Spuren sozialrevolutionärer Gewalt in der Theorie und vor allem in Beispielen revolutionärer Praxis. Uns interessiert dabei die Intention der Akteure, die Rolle der Gewalt beim Gelingen und Scheitern revolutionärer Versuche in der Moderne, die auf die eine oder andere Art die soziale Emanzipation auf ihre Fahnen geschrieben haben und das kollektive linke Bewusstsein bis heute prägen.

- Wir betrachten die Geschichte des 20. Jahrhunderts als eine
- 12 Geschichte der gescheiterten und verratenen Revolutionen und stellen dabei die Verlierer der Geschichte ins Zentrum, die den Traum von einer besseren Gesellschaft bewahrten, da diese Revolutionen bewiesen haben, dass zementierte Verhältnisse gestürzt werden können.

Wir unterscheiden zwischen der strukturellen Gewalt der Verhältnisse und sozialrevolutionärer Gegengewalt, sowie zwischen Krieg und Revolution. Krieg und Revolution verbindet zwar die Ausübung von Gewalt, aber die Revolution wendet sich gegen den Krieg, gegen die bestehende Macht, wohingegen der Krieg in der Regel die Staatsmacht fördert, da sie zunächst als einzige Stütze im Chaos erscheint, bis er schließlich oft auch sie untergräbt. Der Krieg legitimiert sich als Notwendigkeit, die Revolution als Streben nach dem Reich der Freiheit. Gewalt ist keine Notwendigkeit, sie wird im historischen Reich der Notwendigkeit geboren und stirbt im Reich der Freiheit ab.

Sozialrevolutionäre Gewalt definieren wir als praktische Kritik gewöhnlicher Gewalt, weil sie die Macht der Gewohnheit bricht und der Legitimation gewöhnlicher Gewalt nicht mehr bedarf. Dieser Bruch mit der vermeintlich naturwüchsigen historischen Kontinuität und Herrschaft ist eine wesentliche Erfahrung sozial-

revolutionärer Gewalt. Wir bestreiten, dass es sich bei der bürgerlichen Gesellschaft um einen friedfertigen Zustand handelt und wenden uns gegen den Verlust der Erinnerung an Revolutionen. Dabei interessieren uns sowohl die Genese der Revolutionen als auch ihrer Theorien. Deshalb stellen wir zunächst das Verhältnis von Gewalt, Krieg und Revolution bei Karl Marx, Friedrich Engels und Vladimir Iljitsch Lenin vor.

2. Gewalt, Krieg und Revolution bei Marx, Engels und Lenin

Bei Marx und Engels ist Gewalt kein Handlungsbegriff, sondern die Grundlage der kapitalistischen Akkumulation. Sie erkannten, dass die bürgerliche Gesellschaft auf Herrschaft beruht und erklären dies aus ihrer Geschichte:

14 Gewalt bildet die strukturelle Grundlage des Kapitalismus. Die personale, offene Gewalt vorkapitalistischer Verhältnisse transformiert sich in institutionalisierte Formen wie Fabrik und Staat, zu dem beispielsweise das Rechtssystem und die Schule gehören. Durch die kapitalistische Produktionsweise erhielt die offene, personale und häufig willkürliche Gewalt der feudalen Verhältnisse eine sachliche Struktur. Die Gewalt wurde im Kapitalismus zur Grundlage eines Produktionsverhältnisses, in dem sie nur noch schwer erkennbar ist.

Auch Foucault beschäftigte sich im Modell der Biomacht mit dem scheinbaren Verschwinden der offenen brutalen und repressiven Gewalt zugunsten der Gewalt der Produktion im historischen Bruch zur kapitalistischen Vergesellschaftung: Dient sie im Feudalismus dem Potentaten zum Beweis seiner absoluten Macht über die ihm in der göttlichen Ordnung Unterworfenen, so erzeugt sie im Kapitalismus gefügte Körper, die der Verwertung dienlich sind.

Die Idee einer sozialen Revolution entstand während der Französischen Revolution 1789. Marx kritisierte diese Revolution, weil sie die Verselbstständigung der Staatsgewalt als Gewaltmonopolist zum Schutz der Akkumulation festgeschrieben habe. Doch mit

der Französischen Revolution organisierte sich auch die »Masse« oder das »Volk« als Gewalt habende und eigenständige politische Kraft. Bis 1848 bedeutete Revolution für Marx und Engels, dass die politische Macht durch revolutionäre Massengewalt erobert werden sollte. Sie begriffen Gewalt als Mittel zur Emanzipation und nicht mehr als Erschütterung einer natürlich gewachsenen Gesellschaftsordnung, wie Hegel es tat. Friedrich Engels sah in der Konkurrenz der Warenbesitzer einen Kampf, der sich im Ernstfall in eine Auseinandersetzung auf Leben und Tod steigern kann. Doch bleibt die Gewalt dabei immer nur das Mittel auf dem Weg zu einer klassenlosen Gesellschaft und wird nie zum Zweck des Klassenkampfes.

15

Der Krieg der Armen gegen die Reichen wurde von Marx und Engels zwar als »blutigster« Krieg angekündigt, und auch Heinrich Heine schauderte vor der Gewalt der Massen, deren Aufgehren für Brot und Demokratie er trotzdem begrüßte, doch sahen Marx und Engels die Aufgabe der Kommunisten darin, jedweden Revanchismus zu kanalisieren und das brutale Element der Revolution zu begrenzen. »Ohnehin fällt es keinem Kommunisten ein, an Einzelnen Rache üben zu wollen«, schrieb Marx in der »Berliner Debatte über die Revolution«. ³ Die Selbstveränderung der Subjekte, die »Abstreifung des Untertans« könne sich nur in einem revolutionären Prozess vollziehen. Denn: »Die wichtigste Eroberung der Revolution ist die Revolution selbst.«⁴

1848 nahm der neue Revolutionsbegriff genauere Konturen an: Das Ziel einer sozialen Revolution sollte von nun an nicht mehr allein die Machtübernahme einer Klasse sein, sondern die Aufhebung aller sozialen Klassen. In der bürgerlichen Revolution geht es um äußere Dinge, um den Besitz der Staatsmacht und um den

3 Marx, Karl und Friedrich Engels: Werke. MEW 5, Berlin 1956 f., S. 69.

4 Das Manifest der kommunistischen Partei. MEW 4, S. 459–493.